

Wann erwacht endlich der Wille der Bürgerlichen, Freiheit und Eigentum zu verteidigen?

Betrachten wir die politische Situation 2021, so müssen wir feststellen, dass die zunehmende politischen Radikalisierung, die zunehmende Ich-Bezogenheit der Gesellschaft und die Umerziehungseuphorie linker Kreise freiheitliche Lösungen immer mehr zurückdrängen. Bürgerliche Politiker verlernen aber zunehmend, Radikalforderungen aus dem links-grünen Giftschränk wirkungsvoll entgegenzutreten.



Walter Locher
Präsident HEV
Kanton St.Gallen,
Kantonsrat

Wir sind einer vermehrt aktivistischen Linken ausgesetzt, die alle ihre alten Rezepte der Umverteilung und Disziplinierung des Bürgers zur Anwendung bringt. Es geht hier eigentlich immer nur um noch stärkere Regulierung und grössere Bevormundung des Grundeigentümers, aber auch des einzelnen Bürgers. Die bürgerliche Rechte erscheint im Kampf gegen solche Forderungen dabei meist ratlos – vor allem in den Städten, wo sie ihre Einflussmöglichkeiten weitgehend zu verlieren meint. Dabei sind auch in den Städten freiheitliche Lösungen durchaus attraktiv. Eine flächendeckende Tempo-30-Zone jedoch, wie sie der finanziell verwöhnte Stadtrat von Zürich schaffen will, vermindert nicht nur die Attraktivität des Wohnens in Zürich. Sie reduziert auch die Erreichbarkeit der Stadt im Personen- und Warenverkehr empfindlich – gerade innerstädtisch werden Bus, Tram, Autos und Lieferwagen gleichzeitig ausgebremst.

Wer Klimapolitik und Netto-Null-Emissionen umsetzen will, muss nicht nur ökologische und marktwirtschaftliche, sondern auch sozialverträgliche Lösungen vorweisen und erklären, wie er die zunehmende Energieknappheit und Mangellage bewältigen will. Das passiert aber nicht. Das Gegenteil ist der Fall. In den Städten gebärden sich – ungebremst von den verbleibenden Bürgerlichen – immer mehr linke Verkehrspolitiker als Verhaltenstyrrannen. Sie wollen alles und jedes vorschreiben. Mobilität ist nur gut, wenn sie zu Fuss, per Velo und per Lastenvelo stattfindet. Die entsprechenden Planungen sind aber nur deshalb möglich, weil die Bürgerlichen ihre freiheitliche Argumentation aufgegeben haben.

Der Kampf für bürgerliche Lösungen ist aber auch in den Städten zu führen, so wie wir dies im Zusammenhang mit der Engpassbeseitigung der Stadt St.Gallen tun werden. Die Linke (d.h. der Verbund von SP, JUSO, Grünen und Grün«liberalen») kümmert es nicht, dass die städtische Bevölkerung 2016 mit grossem Mehr dem Anschluss Güterbahnhof zugestimmt hat. Weil ihnen dieses Resultat nicht passt, bezeichnen sie es heute einfach irreführend als nicht repräsentativ.

In der Stadt St.Gallen sind linke Ideen längst salonfähig. Wie weit es um die bürgerliche Entschlossenheit steht, diesen Ideen entgegenzutreten, zeigte sich kürzlich bei der Behandlung der «Zukunfts-Initiative» und der «Gute-Luft-Initiative», bei der die Stadt St.Gallen nach dem Willen von Grünen, SP und GLP «wirksame Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung, wie insbesondere gegen Hitzetage und Tropennächte» treffen soll. Zu diesem Zweck wollten die Initianten insbesondere die Anzahl Bäume erhöhen und zusätzliche Grünflächen schaffen. Demnach müssten Strassenflächen in Flächen für Bäume und Grünflächen umgewandelt werden, wobei die Funktionsflächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr in ihrem Gesamtumfang zu erhalten wären. Ab Inkrafttreten dieses Reglements wären während zehn Jahren, abgestimmt auf die Funktion der Strassen, insgesamt 80 000m² versiegelte Fläche von öffentlichem Strassenraum in Flächen für Bäume und Grünflächen umzuwandeln. Der Stadtrat hat errechnet, dass die Umsetzung der «Zukunfts-Initiative» und

der «Gute-Luft-Initiative» geschätzt 130 Millionen Franken kosten dürfte, vom Eingriff in das Eigentum der bauwilligen Grundeigentümer, denen das Anlegen von Parkplätzen als Folge der Umsetzung der Initiative wohl weitgehend verboten werden dürfte, einmal abgesehen. Der Stadtrat hat weiter aufgezeigt, was die Umsetzung der Initiative flächenmässig bedeutet. Geschaffen werden müssten 52 Grabenpärkli oder 1,5 Kantiparks pro Jahr oder 56 Kilometer an Baumalleen in zehn Jahren. Trotzdem haben die Bürgerlichen im Stadtparlament das Vorhaben grossmehrheitlich unterstützt.

In einer weiteren Motion «Für mehr Lebensqualität und Grünräume in einer dichtbebauten Stadt» wurde verlangt, dass auch die bei Auf- und Umzonungen entstehenden Mehrwerte des Grundeigentümers bis zu 50%

abgeschöpft werden sollen. Wer also verdichten und aufstocken will, soll den Mehrwert zu einem grossen Teil an den Staat abliefern. Ganz abgesehen davon, dass nach der dezidierten Auffassung des HEV eine solche Regelung rechtlich nicht möglich ist, fragen wir uns, wer als Haus- und Grundeigentümer bei einer solchen Ausgangslage noch verdichten will. Ganze vier Gegenstimmen haben sich gegen diese Motion gestellt. Wir fragen uns auch hier, wo die bürgerlichen Vertreter im Stadtparlament bei dieser Abstimmung ihr freiheitliches Koordinatennetz verloren haben.

Es ist höchste Zeit, dass der Wille der Bürgerlichen, Freiheit und Eigentum zu verteidigen, wieder erwacht und solchem Tun Einhalt gebietet – nötigenfalls auch mit Referenden und Initiativen.

Publireportage

Strässle Tankreinigungs AG – Der Fachbetrieb für alle Arbeiten rund um Ihren Tank

Als ausgewiesene Fachfirma mit fundiertem Wissen und langjähriger Erfahrung stehen wir Ihnen gerne zur Seite. Unser Leistungsangebot erstreckt sich von der einfachen Sichtkontrolle zur Revision mit Innenreinigung über die Sanierung von Tankanlagen (auch erdverlegte Tankanlagen) bis hin zur Stilllegung mit Demontage der Tankanlage und Erstellen einer begehbaren Tankraumöffnung.

Haben Sie Fragen rund um Ihre Tankanlage? Rufen Sie uns einfach an, wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme und beraten Sie gerne individuell und umfassend!

Ihr Strässle Tankreinigungs AG – Team

Strässle Tankreinigungs AG

Neumühlestrasse 9

8580 Amriswil

Tel. 071 411 52 68

www.straessleservice.ch

